München, den 18.12.2017
KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss

KPV
Kommunalpolitische Vereinigung
CSU

Gesundheit und Pflege:
10 Punkte Forderungskatalog der KPV

Ein funktionierendes Gesundheits- und Pflegesystem ist die Voraussetzung für Wohlstand und gesellschaftliche Stabilität. Trotz der immer schwieriger werdenden Aufgaben, ist es in den letzten Jahren immer wieder gelungen, gerade in Bezug auf Bayern auf den verschiedensten Ebenen die richtigen Weichen zu stellen. Wir sind grundsätzlich auf einem guten Weg.

Doch zum einem gilt es jetzt die Leistungsfähigkeit des Systems für die Zukunft zu erhalten und gezielt weiterzuentwickeln. Zum anderen stehen wir vor großen Herausforderungen, die wir angehen bzw. konsequent weiterverfolgen müssen.

Als Kommunalpolitische Vereinigung der CSU (KPV) liegen bei uns besonders die Anforderungen vor Ort im Fokus - als Träger der Kliniken, als diejenigen, die Standortpolitik betreiben und um die besten Rahmenbedingungen kämpfen oder insgesamt als Ansprechpartner für die Menschen. Wir wollen als Vertreter der Kommunen unseren Beitrag leisten und haben ein Forderungspapier entwickelt, das zentrale Bereiche mit Schwerpunkt auf die Bundespolitik abdeckt:

1. Verlässliche und stabile Krankenhausfinanzierung

Hier ist es ein MUSS, dass Lohnsteigerungen beim Klinikpersonal sowie die allgemeinen Preissteigerungen bei den Sachkosten vollumfänglich refinanziert werden. Eine Baserate (Basisfallwert je Case-Mix-Punkt), die diese Entwicklung nicht berücksichtigt, kann nicht länger akzeptiert werden. Zukünftig sollten diese Kostensteigerungen vollumfänglich im jährlich sich ändernden Landesbasisfallwert abgebildet werden.

2. Angemessene Vergütung der Notfälle

Die durch die kassenärztliche Vereinigung Bayern (KVB) veranlasste Etablierung von Bereitschaftspraxen in den Krankenhäusern wird nicht dazu führen, dass sämtliche Patienten der Nothilfen der Kliniken über diese Praxen versorgt werden können. Gerade die Vergütung für die Versorgung von Patienten, die die Nothilfen außerhalb der

Sprechzeiten der Praxen aufsuchen, aber auch für die originären Notfallpatienten, muss verbessert werden. Schließlich leisten die Nothilfen an den Krankenhäusern einen sehr wesentlichen Beitrag bei der Erstversorgung von Patienten vor Ort. Hierbei ist grundsätzlich eine Novellierung der Bereitschaftsdienstverordnung anzustreben mit einer angemessenen Finanzierung der Nothilfen der Kliniken aus einem eigenständigen Honorartopf. Die Standortwahl der Gemeinschaftspraxen muss in Abstimmung mit den Kommunalpolitikern vor Ort geschehen und darf sich nicht nur nach einem festen Einwohnerschlüssel richten, da sonst ländliche Räume wiederum die Verlierer sind.

3. Sicherstellung der ambulanten haus- und fachärztlichen Versorgung im ländlichen Raum

Es ist eine zunehmende Überalterung der niedergelassenen Ärzte besonders in den ländlichen Regionen feststellbar. Junge Ärzte lassen sich heutzutage nur schwer zu einer Praxisübernahme außerhalb der Städte bewegen. Es muss gelingen, dass diesem Trend entgegengewirkt wird, um der Bevölkerung in allen Regionen Bayerns einerseits kurze Wege zum Hausarzt zu ermöglichen und dass in einer angemessenen Entfernung zudem eine fachärztliche Versorgung, auch im Notfall, vorgehalten wird. Die bisherigen Anstrengungen, insbesondere der Bayerischen Staatsregierung und der Kassenärztlichen Vereinigungen, müssen hierzu fortgeführt und intensiviert werden. Es sollten weitere Maßnahmen und Konzepte entwickelt werden, um eine zukunftssichere wohnortnahe medizinische Versorgung der gesamten Bevölkerung im ambulanten Sektor zu gewährleisten.

4. Ambulante fachärztliche Versorgung bei bestimmten Indikationsstellungen im ländlichen Raum

Um die Fachärzte im ambulanten Versorgungssektor im ländlichen Raum zu unterstützen und die fachliche Expertise von Klinikärzten zu nutzen, sollte den Klinikärzten die Möglichkeit eingeräumt werden, im Rahmen von Ermächtigungen, ambulant tätig zu werden. Das derzeitige Zulassungsverfahren der Kassenärztlichen Vereinigungen erscheint willkürlich, nachteilig für den ländlichen Raum und letztlich auch nachteilig für eine wohnortnahe qualitativ hochwertige ärztliche ambulante Versorgung.

5. Erhalt der Geburtsabteilungen - Maßnahmenpaket der CSU-Staatsregierung wird begrüßt

Die Sicherstellung der geburtshilflichen Abteilungen in den Kliniken auf dem Land kann nur durch die Beibehaltung des bisherigen Belegarzt- und Beleghebammensystems flächendeckend ermöglicht werden. Eine flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe muss gewährleistet bleiben.

Gerade die am 1.1.2018 durch einen Schiedsspruch in Kraft tretenden Regelungen haben hier deutlich negative Auswirkungen. Danach können Hebammen in Deutschland nur noch zwei Frauen gleichzeitig betreuen. Für eine Dritte werden sie nicht mehr bezahlt.
Deshalb ist es unabdingbar, rechtliche und wirtschaftliche Anreize zu schaffen, um die geburtshilflichen Planbetten zu sichern und um sie ausreichend personell und finanziell auszustatten. Schließlich sind es unsere kommunalen Häuser, in denen in der Regel die Kinder auf dem Land das Licht der Welt erblicken. Als sehr positiv haben wir die geplante Initiative der Staatsregierung für ein umfassendes Maßnahmenpaket hinsichtlich der schwierigen Lage in der bayerischen Geburtshilfe im ländlichen Raum aufgenommen. Von Seiten der Bundespolitik müssen weitere Entscheidungen folgen.

6. Verbesserung der grundsätzlichen Rahmenbedingungen für die Pflege

Darüber hinaus möchten wir auf die Herausforderungen im Bereich der Betreuung der älteren Menschen hinweisen. Wir sehen die zurückliegenden gesetzlichen Neuerungen durch die Pflegestärkungsgesetze als einen wichtigen ersten Schritt an, um der steigenden Zahl älterer und zu betreuender Bürger gerecht zu werden, aber weitere Maßnahmen müssen folgen. Die Pflege braucht wieder einen deutlich besseren Stellenwert in unserer Gesellschaft.

Wir brauchen einen bedarfsgerechten Pflegeschlüssel. Deutschland liegt beispielsweise bei der Personalausstattung in der Krankenhauspflege gegenüber vielen Ländern weit zurück. Ein Pfleger betreut hier im Schnitt um 13 Patienten (nachts sogar 26 Patienten), in den USA sind es 5,3, in der Schweiz und Schweden knapp acht. Mehrere zehntausend Pflegekräfte fehlen laut Analysen in den deutschen Krankenhäusern. Auf längere Sicht leidet dadurch die Qualität der Behandlungen inklusive Hygiene.

Bei der ambulanten Pflege müssen die Kontrollen gegen Schwarzarbeit ausgeweitet und die Beratung der Pflegebedürftigen bzw. der Angehörigen hinsichtlich seriöser Anbieter verstärkt werden. Denn Schwarzarbeit geht zu Lasten der Steuerzahler, der Krankenversicherungen, der Pflegedienst und vor allem der Patienten.

7. Fachkräfteausbildung in der Pflege

Es müssen Anreize geschaffen werden, dass wieder mehr junge Menschen den Beruf der Kranken- und Gesundheitspfleger(in) erlernen. Allein die Zusammenführung des Berufszweiges mit der Altenpflegeausbildung wird sicher nicht dazu führen, dass der enorme Bedarf an Pflegefachkräften in den kommenden Jahren gedeckt werden kann. Hier gilt es umso mehr, die bestehenden Ausbildungsbetriebe zu stärken und zu fördern.

8. Erhöhung der Anzahl der Kurzzeitpflegekräfte

Hierzu sind die Träger der Altenhilfeeinrichtungen nur bereit, wenn die Rahmenbedingungen stimmen; rechtliche und wirtschaftliche Nachbesserungen sind dringend angezeigt. Eingestreute Plätze in den Seniorenheimen werden zukünftig sicher nicht ausreichen, um den steigenden Bedarf zu decken.

9. Bedarf an teilstationären Versorgungseinrichtungen

Daneben wird ein zunehmender Bedarf an teilstationären Versorgungseinrichtungen gesehen; sowohl in der Tages- wie auch in der Nachtpflege: Auch hier müssen zusätzliche Anreize geschaffen werden, damit die Etablierung neuer Plätze zügig voranschreitet.

10. Dringende Erhöhung der Anzahl von und der Zugangsvoraussetzungen für Medizinstudienplätze

Wir brauchen mehr Ärzte und damit mehr Studienplätze. Es darf aber dabei nicht nur auf eine exzellente Abiturnote ankommen, sondern mindestens genauso auf die persönliche Eignung für den Arztberuf. Dies sollte als Kriterium für eine Studienplatzvergabe mehr Berücksichtigung finden.

Insgesamt erwarten wir, dass eine neue Bundesregierung baldmöglichst die genannten Problemfelder in der Gesundheitspolitik löst und unsere kommunalen Einrichtungen sowie die ambulante medizinische Versorgung, die hohen Stellenwert vor allem in der Bevölkerung genießen, gestärkt und gesichert in die Zukunft blicken können.